



Bern, 28. Januar 2026

Adressat/in:  
die Kantonsregierungen

## **Neuordnung der ausserparlamentarischen Kommissionen im Rahmen der Überprüfung 2025: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens**

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Regierungsmitglieder

Der Bundesrat hat am 28. Januar 2026 die BK beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den interessierten Kreisen zur Neuordnung der ausserparlamentarischen Kommissionen im Rahmen der Überprüfung 2025 ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Die Vernehmlassungsfrist dauert bis **28. April 2026**. Damit die Gesetzesentwürfe am 1. Januar 2028 in Kraft treten können, wird auf die Verlängerung der Vernehmlassungsfrist um eine Woche gemäss Artikel 7 Absatz 4 des Vernehmlassungsgesetzes vom 18. März 2005 (SR 172.061) verzichtet.

Am 5. November 2025 nahm der Bundesrat das Ergebnis der ersten Phase der Überprüfung zur Kenntnis. Auf dieser Grundlage beauftragte er unter anderem die Departemente, unter der Federführung der Bundeskanzlei, ein Vernehmlassungsverfahren vorzubereiten. Darüber hinaus beschloss er, 7 Kommissionen aufzulösen und die Mitgliederzahl von 2 Kommissionen zu reduzieren.

Die Vernehmlassungsvorlage sieht die Auflösung von 9 ausserparlamentarischen Kommissionen, die vollständige Neugestaltung der Akkreditierungskommission, die Reduzierung der Mitgliederzahl der Medizinalberufekommission und die Fusion von 9 Kommissionen zu 3 vor. Dies erfordert die Änderung von 15 Gesetzen und 16 Verordnungen. Weiter umfasst die Vorlage eine Änderung des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes zur Präzisierung des Zwecks der Kommissionen und zur Regelung der Kommunikation der Kommissionen mit den Mitgliedern und Organen des Parlaments.

Wir laden Sie ein, zu den Vernehmlassungsunterlagen Stellung zu nehmen. Die Vernehmlassungsunterlagen können bezogen werden über die Internetadresse:  
<https://www.fedlex.admin.ch/de/consultation-procedures/ongoing>

Wir ersuchen Sie, Ihre Stellungnahmen mit dem nachfolgend verlinkten Online-Tool zu erfassen: <https://www.gate.bag.admin.ch/consultations/ui/home>



Falls Ihnen die Nutzung dieses Online-Tools nicht möglich sein sollte, können Sie Ihre Antwort jedoch auch als Dokument (vorzugsweise als Word-Dokument) erstellen und entweder in der Plattform «Consultations» unter der Rubrik «Stellungnahme» hochladen oder an die folgende E-Mail-Adresse senden:

[recht@bk.admin.ch](mailto:recht@bk.admin.ch)

Wir bitten Sie, im Hinblick auf Rückfragen die bei Ihnen zuständige Kontaktperson und deren Koordinaten anzugeben.

Für Rückfragen und allfällige Informationen steht Ihnen Frau Caroline Gachet (Tel. +41 58 483 95 97, [recht@bk.admin.ch](mailto:recht@bk.admin.ch)) zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Viktor Rossi  
Bundeskanzler